

GLYPHOSAT

Die Firma Bayer kaufte sich in den USA mit „furchtbar viel“ Geld frei – nachdem sie mit Monsanto auch die Klagen miterworben hatte.

FINANZEN & MÄRKTE Seite 19



Foto: APA / ZB / Patrick Pleul

Es geht um
Ihre Einstellung.

jobs.derStandard.at



Wenn sich eine Lawine einmal gelöst hat, ist sie nicht mehr zu stoppen. Ähnlich verhält es sich, wenn Unternehmen auf Talfahrt gehen, insbesondere im Finanzbereich. So kam es auch bei Wirecard, wie es kommen musste. Lange Zeit versuchte sich der nahe bei München angesiedelte Finanzdienstleister mit heftigen Rundumschlägen gegen Kritiker zu halten. Als sich die Vorwürfe, das vom Österreicher Markus Braun geleitete Unternehmen gleiche einem Kartenhaus, nicht mehr entkräften ließen, stürzte es abrupt ein.

Am Donnerstag war er so weit: Wirecard meldete Insolvenz an. Der auf die Zahlungsabwicklung von Internet-Geschäften und an der Kasse spezialisierte Konzern fiel nun selbst in sein 1,9 Milliarden Euro großes Bilanzloch, das Wirecard Anfang der Woche einräumte. Geschäfte mit Partnern in Asien, wo das Unternehmen selbst über keine Lizenz verfügt, dürften fingiert worden sein. Schon vor Tagen hatten zwei philippinische Banken erklärt, die bei ihnen geführten Guthaben existierten nicht. Von einer plumpen Fälschung der Buchungsbestätigungen war die Rede.

Wegen der mutmaßlichen Machenschaften und der darauffolgenden Schieflage von Wirecard hatte EY (früher Ernst & Young) das Testat der Bilanz 2019 verweigert. Allerdings steht die Wirtschaftsprüfungsgruppe nun selbst massiv in der Kritik, weil die vorhergehenden Abschlüsse uneingeschränkt mit einem Bestätigungsvermerk versehen wurden, obwohl schon seit Jahren Berichte über Geldwäsche, Scheingeschäfte und Bilanzfälschung die Runde machen.

Die jetzige Pleite bringt – bis auf die Investoren, die auf fallende Kurse gesetzt haben – fast nur Verlierer. Neben den Aktionären, die bereits einen Kursverlust von 98 Prozent einstecken mussten, droht auch Banken und Anleihenbesitzern nahezu ein Totalausfall. Laut der Nachrichtenagentur Reuters belaufen sich die Außenstände von Wirecard auf 3,5 Milliarden Euro. Zu den Gläubigern zählen auch die beiden Raiffeisen-Landesbanken aus Ober- und Niederösterreich.

Wirecard fällt ins eigene Bilanzloch

Erstmals in der deutschen Geschichte ist ein Dax-Mitglied pleite. Wirecard meldete Insolvenz an, nachdem ein 1,9 Milliarden Euro großes Bilanzloch entdeckt worden war.



Foto: EPA / Phillip Gueland

Ex-Wirecard-Chef Markus Braun ist in seiner Heimat Wien immer noch gut vernetzt. Wegen seiner Staatsbürgerschaft muss er sich regelmäßig bei der Münchner Polizei melden.

Einfache Sparer, die ihr Geld zur Wirecard Bank getragen haben, könnten ebenfalls betroffen sein. Sie haben 1,7 Milliarden bei dem Institut liegen. Einlagen sind allerdings bis 100.000 Euro gesetzlich gesichert, auch darüber hinaus gibt es einen Schutzmechanismus über den Bankenverband. Die deutsche Finanzaufsicht Bafin hat bereits die Kontrolle über die Wirecard Bank übernommen und versucht nun, den Teilbereich des Konzerns aus der Insolvenz herauszuhalten. Das Geschäft wurde eingefroren, damit nicht mit Kundengeldern Bilanzlöcher gestopft werden. Die Aufsicht steht ebenso wie EY unter Beschuss, weil sie den Vorwürfen gegen Wirecard nicht energisch nachgegangen ist.

Erste Dax-Pleite

Die erste Pleite eines im Frankfurter Index der Schwergewichte, Dax gelisteten Unternehmens in der deutschen Geschichte beschäftigt auch die Justiz intensiv. Gegen Verantwortliche von Wirecard wird seit Tagen auch wegen Untreue und Bilanzfälschung ermittelt. Ex-Chef Braun, der in Österreich als Neos- und ÖVP-Spender sowie als Mitglied des Strategieteam Think Austria des Bundeskanzlers aufgefallen ist, wurde kürzlich in U-Haft genommen und gegen eine Kaution von fünf Millionen Euro auf freien Fuß gesetzt. Wegen seines österreichischen Passes muss er sich jeden Mittwoch bei der Polizei melden. Das für das Asiengeschäft zuständige ehemalige Vorstandsmitglied Jan Marsalek wird per Haftbefehl gesucht. Marsalek soll Anfang der Woche in die Philippinen eingereist, aber zur Kooperation mit den Behörden in München bereit sein.

Viele Experten gehen davon aus, dass sich Konkurrenten nun Teile von Wirecard unter den Nagel reißen werden. Der niederländische Rivale Adyen verzeichnet bereits seit Wochen einen Höhenflug an der Börse, weil er als möglicher Profiteur des Wirecard-Debakels gilt. Der Adyen-Aktienkurs ist heuer schon um 80 Prozent nach oben geschneit. Deutlich kleinere Kontrahenten sind die französischen Anbieter Worldline und Ingenico, die nun ebenfalls auf die Wirecard-Kunden spitzen dürften. (as)

„Der AMS-Algorithmus muss abgeschaltet werden“

Datenschützer starten Kampagne gegen die automatisierte Einstufung Arbeitsloser

Wien – Per Algorithmus will das österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) künftig Arbeitslose einstufen lassen. Das um 1,8 Millionen Euro entwickelte Programm soll sie nach ihren Jobchancen in drei Kategorien einteilen. Bei Kandidaten, bei denen der Algorithmus mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgeht, dass sie bald eine Anstellung finden, will man Kosten sparen. Jene mit mittleren Chancen sollen am stärksten gefördert werden und etwa bevorzugt Plätze bei AMS-eigenen Weiterbildungen erhalten. Für Menschen mit schlechten Aussichten sind wiederum verringerte Mittel vorgesehen.

Die Grundrechtsorganisation Epicenter.works und das Momen-

tum-Institut haben nun die Kampagne „Stoppt den AMS-Algorithmus“ gestartet. Man kritisiert, dass viele Entscheidungsmodelle des Algorithmus nicht bekannt seien und ein Teil der bekannten Kriterien nicht sinnvoll sei. Zudem wittert man potenziell rechtswidrige Elemente. Obwohl der Algorithmus auf 2021 verschoben wurde, seien die Einstufungen schon jetzt für Mitarbeiter sichtbar, obwohl es noch keine Schulung gab. Dazu befürchtet man steigenden Druck auf AMS-Betreuer, die unter Rechtfertigungszwang geraten könnten, wenn sie von ihrem Recht gebrauch machen, den Algorithmus zu overrulen. Außerdem verweist man auf schlechte Erfahrungen in an-

deren Ländern. In Polen wurde ein ähnliches System wegen Grundrechtswidrigkeit gestoppt. „Der AMS-Algorithmus muss sofort abgeschaltet werden“, lautet die Forderung der Aktivisten.

Man richtet eine Reihe von Forderungen an die zuständige Ministerin Christine Aschbacher (ÖVP). Das AMS solle etwa mehr Ressourcen erhalten und auf Menschen statt Software vertrauen. Eine Einstufung durch den Algorithmus solle nur freiwillig erfolgen. Die Entwicklung von Software dieser Art habe außerdem transparent gestaltet und das Endprodukt einer Risikoevaluation unterzogen zu werden. Online sammelt man nun Unterschriften für das Anliegen. (gpi)

20 Jahre
Kompetenz für morgen.

MANAGEMENT
FORUM

WIFI
WKO

Virtuelles Projektmanagement

Eine bunte Mischung aus unterschiedlichen Kompetenzen

- Projektmanagement Methodik (17.8.2020)
- effektive Meetinggestaltung (19.8.2020)
- Zusammenspiel mit Prozessen (24.8.2020)
- Kreativität in Projekten (26.8.2020)

Online jeweils 9.00–13.00 Uhr
Beitrag: € 725

Alle Infos unter wifwien.at/24111x

Jetzt anmelden!